

ISRAEL

Scheidung der Freunde

Krieg der Kulturen im Heiligen Land: Mit zunehmender Gewalt wehren sich nichtreligiöse Juden gegen den Vormarsch der ultraorthodoxen Eiferer.



Straßenblockade von ultraorthodoxen Juden in Jerusalem: „Grundlagen von Freiheit und Demokratie zerstören“

Mit quietschenden Reifen stoppte ein Auto in der Jabotinski-Straße des Tel Aviver Vororts Ramat Gan neben einem jungen Mann, der, mit Schläfenlocken und schwarzem Kaf-tan, unzweifelhaft als ultraorthodoxer Jude zu erkennen war. „Vier Jugendliche“, so hielt das Polizeiprotokoll später fest, sprangen aus dem Wagen, traktierten den frommen Mann mit Schlägen und zertrampelten seinen breitkrempigen schwarzen Hut.

In Bnei Brak bei Tel Aviv beschimpften Halbwüchsige einen Ultraorthodoxen, der auf dem Weg zur Synagoge war, als „dreckigen Hund“. Der Mann erhielt schließlich Messerstiche in Hand und Bein, als er sich gegen Steinwürfe „dieser Gangster“ zur Wehr setzen wollte.

Die Polizei ist davon überzeugt, daß die „Gangster“ keine gewöhnlichen Kriminellen waren. Es habe sich in beiden Fällen um „einen Akt der generellen Wut“ gehandelt, mutmaßt ein Polizeioffizier. Als Täter kommen weltliche Israelis in Frage, die den militanten Kampf gegen die „Haredim“

aufgenommen haben, wie die Superfrommen auf hebräisch heißen.

Immer häufiger geben sich die Angreifer offen zu erkennen. Aktivisten der Organisation „Am Hofsch“ (Freies Volk) mischten in Ramat Aviv eine Gruppe von Haredim auf, die ihre religiösen Exerzitien in ein privates Apartment verlegt hatten. Die Protestierer wollten verhindern, daß der weitgehend von liberalen Israelis bewohnte Tel Aviver Stadtteil von Ultraorthodoxen unterwandert wird.

In Emanuel, einer religiösen Siedlung im Westjordanland, verübten Jugendliche einen Brandanschlag auf das Wohnhaus des Rabbi Mordechai Eichler. Der hatte zuvor den örtlichen Jugendclub geschlossen, weil Mädchen und Jungen dort zwanglos zusammengesessen, zu Musik getanzt und am Sabbat geraucht hatten.

Bei den Orthodoxen tauchten düstere Erinnerungen auf. Rabbi Israel Eichler, ein populärer und vergleichsweise moderater Gelehrter, der häufig im Fernsehen auftritt, beklagte eine „massive Kampagne des Neo-Nazismus“ in Israel. Aufkeimenden

„Judäo-Nazismus“ sieht ein Orthodoxen-Blatt. Judenverfolgung im Judenstaat?

„Vollkommener Quatsch“, sagt Ornan Jekutieli, Stadtrat in Jerusalem und einer der Wortführer von Am Hofsch, „hier geht es nicht um Rasse.“ Die Ultraorthodoxen wollten vielmehr „die Grundlagen des freien, demokratischen Israel zerstören“. Für einen Akt reiner Selbstverteidigung hält sein Gesinnungsgenosse Doron Rosenblum die säkulare „Intifada“. Die Fundamentalisten versuchten, in Israel „eine absurde Theokratie“ zu errichten, in der „nicht-religiöse Juden nur noch Bürger zweiter Klasse“ wären.

„Stoppt die Haredim“, lautete das Motto einer Massendemonstration im letzten Sommer. In Tel Aviv protestierten Zehntausende gegen die „Anstrengungen der Haredim, die Grundlagen unserer Existenz zu attackieren“, wie es auf einem Flugblatt hieß.

Tatsächlich haben die religiösen Fanatiker seit dem Wahlerfolg des konservativen Likud-Chefs Benjamin Netanjahu 1996 mit einer bis dahin nicht gekannten Schlagkraft

begonnen, Israel in einen „fundamentalistischen Staat zu verwandeln“, so die Zeitung „Haaretz“. Nach ihren Vorstellungen sind die archaischen Gesetze der Tora auch für eine moderne Gesellschaft im ausgehenden 20. Jahrhundert maßgeblich. „In ein bis zwei Generationen werden wir dieses Land kontrollieren“, verkündet Rabbi Ovadia Josef, der geistliche Führer der ultraorthodoxen Schas-Partei.

Der Anteil der religiösen Israelis an der Bevölkerung nehme ständig zu, stellen einvernehmlich alle Meinungsforschungsinstitute fest. Rund ein Viertel aller Abgeordneten der jetzigen Knesset streben einen Gottesstaat an. Ihr Einfluß auf die Staatsgeschäfte hat zu einem gewaltigen Wachstum der Ausgaben für die Ultraorthodoxen geführt. Rund fünf Milliarden Mark, mehr als ein Drittel aller Sozialausgaben, fließen mittlerweile in die Kassen der Religiösen.

Talmudschulen, Wohnungsbau, Familienförderung – der Bedarf der Haredim ist immens, vor allem, weil ihre Einkünfte gering sind. 51 Prozent der ultraorthodoxen Familien leben an der Armutsgrenze. Die Mittellosigkeit ist meist selbstverschuldet: 60 Prozent der Männer ziehen es vor, ausschließlich Tora und Talmud zu studieren, statt einen bezahlten Beruf auszuüben. Für den Unterhalt der meist vielköpfigen Familie sorgt der Staat.

Diese „Nassauer-Mentalität“ (Jekutieli) ruft den Zorn der Nichtreligiösen hervor. „Schnorr, schnorr, schnorr“, lautet der Refrain eines Spottliedes, in dem die Haredim als „Kinderzüchter“ und „Blutsauger“ geschmäht werden. „Wenn ihr den Bruderkrieg wollt“, zürnte der ultraorthodoxe Knesset-Abgeordnete Mosche Gafni, „dann könnt ihr ihn haben!“ – und drohte öffentlich die Aufstellung von frommen Untergrund-Milizen an.

Aufgebracht sind viele Israelis, weil die Ultraorthodoxen zwar die Segnungen des Wohlfahrtsstaates in Anspruch nehmen, sich aber ansonsten gern vor staatsbürgerlichen Pflichten drücken, ja den eigenen Staat gar nicht anerkennen. 29 000 fromme Jungmänner haben sich gegenwärtig „aus religiösen Gründen“ vom dreijährigen Wehrdienst befreien lassen.

Die Gegensätze zwischen den Religiösen und den Säkularen haben sich zu einem „richtigen Krieg der Kulturen“ („Haaretz“) entwickelt, seit die Ultraorthodoxen ihre Viertel, in denen sie zusammenleben – wie Mea Shearim in Jerusalem –, verlassen haben, um ganz Israel nach ihrem Vorbild umzuwandeln.

Ein „Nationales Komitee für die Verhinderung obszöner Werbung im Heiligen Land“ verwüstet systematisch Plakate, auf denen nackte Haut zu sehen ist. Firmen wie Calvin Klein und Cartier verzichteten in Israel auf das Abbilden ihrer Models.

Rabbis setzen sich zunehmend mit ihrer Forderung durch, in öffentlichen Bussen getrennte Eingänge und Sitzbereiche für

Männer und Frauen einzurichten. Statt „Ghettos auf Rädern“ zu verlangen, sollten die Ultraorthodoxen besser ihre eigenen Vehikel benutzen, ärgerte sich da sogar die konservative „Jerusalem Post“. Ebenfalls auf dem Wunschzettel der Zeloten: „koschere“ Taxis, die an einem Aufkleber zu erkennen sind. Den Sticker bekommt nur, wer sein Taxameter am Sabbat ruhen läßt.

Der stellvertretende Bürgermeister von Jerusalem, Rabbi Chaim Miller, ruft die Polizei, um gegen Geschäftsleute einzuschreiten, die „den Sabbat verletzen“. Das Arbeitsministerium, geführt von einem ultraorthodoxen Minister, hat dafür eigene Wächter eingestellt.

Vor allem die säkularen Kibbuzim, einst ideologische Vorkämpfer des Staates, die mit ihren Supermärkten und Verkaufshallen außerhalb der Städte am arbeitsfreien Sabbat beste Umsätze machen, streiten gegen die „archaische Weltsicht dieser Zeloten“, welche „die Intelligenz jedes aufgeklärten Menschen beleidigt“, so ein Kibbuz-Funktionär.

Von den internationalen Fluggesellschaften hat das israelische Oberrabbinat verlangt, künftig nur noch koschere Speisen an Bord zu servieren – allerdings erfolglos. In Tiberias am See Genezareth kam es zu Schlägereien und Brandschatzungen, weil Oberfromme den Verkauf unkoscheren Fleisches verhindern wollten. Und mit Gewalt verhindern gegenwärtig auch die Bewohner einer Siedlung in der Kleinstadt Pardes Hanna den Plan eines Rabbiners, den Stadtteil für die Haredim zu erobern. Ein Wohncontainer, der behelfsmäßig als Talmudschule diente, ging in Flammen auf.

Intoleranz war auch die Ursache für eine häßliche Keilerei an der Klagemauer während des Tisch be-Aw-Festes, das der Erinnerung an die Zerstörung der beiden jüdischen Tempel in Jerusalem dient. Als Reformjuden, die eine liberale Religionsauffassung praktizieren, auf einem Parkplatz – weitab des von den Ultraorthodoxen beanspruchten Areals direkt am historischen Gemäuer – einen gemischten Gottesdienst mit Männern und Frauen abhielten, schlugen die Haredim los: Wie entfesselt droschen sie auf die „blasphemischen“ Glaubensgenossen ein, beschützten sie gar mit Exkrementen, die sie in Tüten mitgebracht hatten.

Immer mehr Israelis sehen in der Militanz der Gottesmänner eine Gefährdung ihres Staats. Die radikalsten unter ihnen zünden schon mal die israelische Flagge an, weil sie die Existenz des Zionistenstaats

für Gotteslästerung halten – nach ihrem Glauben darf Israel erst nach der Ankunft des Messias wiedererstehen. Am vergangenen Holocaust-Gedenktag bewarfen Zeloten Polizisten mit Steinen, die zum Geheul der Sirenen stumm auf der Straße verharrten. Eher würden seine Anhänger den Spruch eines muslimischen Kadi akzeptieren, als dem Urteil eines ungläubigen israelischen Richters Folge zu leisten, befand Rabbi Ovadia Josef.



Schulkinder im Orthodoxen-Viertel Mea Shearim: „Archaische Weltsicht“

Schon ist in beiden Lagern die Forderung nach einer Trennung der Strömungen laut geworden. „Anstatt gegeneinander als Brüder zu kämpfen, die sich um ein Erbe streiten, laßt uns als Freunde scheiden“, meinte Rabbi Israel Eichler: „Es gibt keinen anderen Weg als die spirituelle Trennung.“

Sowenig man eine Zigarette an einer Tankstelle rauchen dürfe, meinte ein säkularer Aktivist aus Pardes Hanna, so wenig dürfe man fromme und ungläubige Juden zusammenbringen. „Wir haben es satt, daß ein ganzes Land von einer fanatischen Minderheit gefangen genommen wird“, beklagt das Massenblatt „Maariv“.

Derweil verfestigen die Ultraorthodoxen die politische und spirituelle Hegemonie, die ihnen der Staat Israel über wesentliche Fragen – vor allem im Familienrecht – zugesteht. Ohne den Segen der Rabbis wird in Israel kein Jude beschnitten, verheiratet, geschieden und beerdigt. Vor allem aber obliegt den Haredim die Hoheit über die heikle Grundsatzfrage, wer überhaupt als Jude gelten darf.

Bedeutende Rabbis haben begonnen, ein „Abstammungsbuch“ anzulegen. Darin sollen alle Juden registriert werden, an deren jüdischer Herkunft – also der Abstammung

von einer jüdischen Mutter – keinerlei Zweifel besteht. Der Eintrag werde für jeden „echten Juden eine große Ehre sein“, lautet Projektleiter Rabbi Nachum Eisenstein.

Das Problem spitzt sich derzeit zu, weil die Knesset in Kürze ein Konversionsgesetz verabschieden will, das darüber entscheidet, wer in Zukunft Übertritte zum Judentum vollziehen darf. Auch modernere Reformjuden beanspruchen künftig ein Mitwirkungsrecht, das bislang ausschließlich bei den Orthodoxen liegt. Die Frage wurde besonders dringlich, weil der Strom russischer Einwanderer (bisher 800 000) viele Neubürger ins Land brachte, die nach den Richtlinien des nationalen Rabbinats als „Gojim“ (Nichtjuden) gelten. Auch die äthiopischen Juden, 1985 über eine Luftbrücke nach Israel geholt, müssen um ihre Anerkennung bangen.

Die amerikanischen Juden, die meistens nicht dem orthodoxen Flügel angehören und oft Mischehen eingehen, fürchten ebenfalls, künftig in Israel nicht mehr als vollwertig



Orthodoxen-Führer Rabbi Josef: „Das Land kontrollieren“

anerkannt zu werden. Heute schon kann kein Reform-Rabbi in Israel rechtsgültig amtieren.

Die Ultraorthodoxen wollen ihr Definitionsprivileg um jeden Preis verteidigen. Wie weit bei dem überaus emotional ausgetragenen Streit die Geister sich gelegentlich verirren, zeigt ein Kompromißvorschlag des Chefs der Jewish Agency, Avraham Burg. Danach sollte der israelische Personalausweis künftig die Volkszugehörigkeit mit dem Buchstaben „Jod“ für „Jehudi“ (Jude) kennzeichnen – versehen mit dem Geburtsdatum der Mutter oder dem Datum der Konversion.

„Seid ihr denn verrückt?“ empörte sich der Journalist Tommy Lapid über die „monströse Idee“, die ihn an den J-Stempel der Nazis erinnert, „habt ihr denn alles vergessen?“